

Rede von Katja Kipping zur Konferenz „Für LINKS im Amt“ am 3. November 2012

### **Die Kommunalpolitik ist unser Fundament**

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, einen wunderschönen guten Tag auch und vielen Dank für die Einladung zu der Konferenz.

Die Geschichte dieser Bürgermeisterkonferenz spiegelt auch in gewisser Weise die Geschichte unserer Partei wider. Am Anfang trafen sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dann vergrößerte sich der Kreis kontinuierlich. Es kamen Senatorinnen und Senatoren, Ministerinnen und Minister, Landrätinnen und Landräte, Beigeordnete und Dezernenten in den Verwaltungen der Kommunen und Länder hinzu. Einige Ämter gingen wieder verloren, es konnte aber auch das eine oder andere Amt hinzugewonnen werden.

Jüngster Erfolg ist die Wahl von Gerd Walther als Bürgermeister von Ueckermünde vor vierzehn Tagen. Dazu, lieber Gerd, ganz herzlichen Glückwunsch. Wir wünschen Dir ganz viel Kraft, viel Glück in deinem neuen Amt und natürlich auch die notwendige Unterstützung aus der Partei.

Heute finden auch Wahlen statt und zwar in der Lutherstadt Eisleben, bei denen unsere Genossin Kathrin Gantz antritt, und wir drücken ihr natürlich auch ganz herzlich die Daumen, womöglich haben wir dort auch bald etwas zu feiern.

Bernd Riexinger und ich waren auf einer Sommertour, und ein Schwerpunkt dieser Tour war die Situation in den Kommunen. Wir haben in jedem Ort, den wir besuchten, immer wieder die Frage gestellt: Welche konkreten Auswirkungen haben die Gesetze, die Entscheidungen der Bundespolitik hier bei euch in der Kommune, was muss sich ändern, worauf sollten wir Bundestagsabgeordneten Einfluss nehmen?

Die Ergebnisse der Antworten kann man ziemlich einfach zusammenfassen: Es gibt oft Vorgaben durch die Bundespolitik, und es gibt Kommunen die überhaupt nicht in der Lage sind, diese Vorgaben erfüllen zu können. Außerdem müssen die Kommunen die falsche Steuerpolitik auf Bundesebene ausbaden. Sie müssen ausbaden, wenn auf Bundesebene Steuergeschenke an Konzerne gemacht werden und dann vor Ort das Geld für das Wichtigste fehlt. Mich hat sehr bewegt, was mir unsere Bürgermeisterin Dagmar Püschel bei meinem Besuch in Eisenhüttenstadt erzählt hat.

80 Prozent der Unternehmen in der Stadt zahlen keine Gewerbesteuern. Zuerst bin ich davon ausgegangen, es handele sich um Kleinunternehmen, aber es geht absurderweise um

Großunternehmen. Diejenigen, die also auch täglich angeliefert werden und die für den Schwerlastverkehr, der die Straßen abfährt, verantwortlich sind. Die bundesdeutsche Steuergesetzgebung gibt einfach zu viele Möglichkeiten, sich vor der Steuerzahlung zu drücken, zum Beispiel dann, wenn Unternehmen ihren Hauptsitz anderswo haben. Durch solche Fälle werden den Kommunen die finanziellen Mittel entzogen. Eisenhüttenstadt gehen so Millioneneinnahmen verloren. Das ist für die hoch verschuldete Stadt dramatisch.

Aber es geht noch weiter: Da Eisenhüttenstadt kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept hat, bekommt die Stadt keine Kredite für Investitionen, zum Beispiel für preiswerte Energie. Dabei wäre es doch nur sinnvoll, einer klammen Kommune Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen, die auf lange Sicht zur finanziellen Konsolidierung beitragen.

Ich habe in Eisenhüttenstadt auch mit dem Geschäftsführer eines kommunalen Wohnungsunternehmens gesprochen, und er hat mir von einem weiteren zentralen Problem berichtet. Das Problem der Altschuldenhilfe. Weil die abgeschafft worden ist, steigen die Mieten gerade bei kommunalen Wohnungsunternehmen im Osten, und der Betrag ist nicht klein. In Eisenhüttenstadt hat man ausgerechnet, 60 Cent der Kaltmiete pro Quadratmeter gehen auf die fehlende Altschuldenhilfe zurück. Das ist kein kleines, sondern ein wirklich zentrales Problem.

Das Beispiel Eisenhüttenstadt zeigt wie durch ein Brennglas, an wie vielen Stellen die Bundesregierung nachbessern muss, um die Kommunen in ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen bzw. um sie ihnen überhaupt erst einmal zu ermöglichen.

Wie in einem Brennglas kann man auch in der Kommunalpolitik die großen Ungerechtigkeiten thematisieren. Ich stehe in regelmäßigem Kontakt zu unterschiedlichen Kreisverbänden aus Ost und West. Neulich hat mir ein Kreisvorsitzender in Nordrhein-Westfalen anhand eines typischen kommunalen Themas verdeutlicht, wie sehr im Land mit zweierlei Maß gemessen wird. Wenn das Geld knapp ist, wird über die Erhöhung der kommunalen Steuern debattiert. Bei ihm ging es speziell um die Hundesteuer und darum, dass nun auch Menschen mit geringem Einkommen diese Steuer bezahlen sollen. Daraufhin hat ihn die LINKE-Fraktion vor Ort gefragt, warum über Hundesteuer gesprochen wird, bei ihnen gäbe es viele Menschen mit Pferden. Sollte man dann nicht lieber über eine Pferdesteuer sprechen? Man ahnt, was dahinter steckt. Wer kann sich ein Pferd leisten

und wer einen Hund? Das Verrückte war die Gegenwehr der anderen Fraktionen, die erzählt haben, wie sehr man sich ein Pferd vom Munde absparen müsse. Dasselbe Argument galt beim Thema Hundesteuer nicht, das fand ich sehr bezeichnend.

Ich finde Katrin Kunerts - unsere kommunalpolitische Sprecherin in der Bundestagsfraktion - Vorschlag sehr gut, eine Kommunal-TÜV einzuführen, der alle Gesetze, die im Bundestag verabschiedet werden, daraufhin prüfen soll, welche Auswirkungen sie auf die Kommunen haben. Eure tägliche Arbeit verdient hohe Aufmerksamkeit und vor allem großen Respekt. Im Deutschen Bundestag. Aber auch in der eigenen Partei.

Diese Partei hat mich in den vergangenen Monaten und auf der Sommertour begeistert, weil wir - Bernd Riexinger und ich - so viel Aufbruchstimmung erlebt haben. Viele haben uns gesagt: Diese neue Politik des aufeinander Zugehens, des einander Zuhörens bringt uns endlich wieder voran, das ist der richtige Weg, den wir gern mit euch gemeinsam gehen wollen.

Wir haben so tolle Erlebnisse gehabt, und überall - wirklich überall - den Willen gespürt, endlich wieder etwas miteinander zu schaffen. Ein wichtiger Aspekt unserer Reise waren die Beziehungen zwischen Ost und West in unserer Partei. Wir haben auf den einzelnen Etappen mit sehr vielen Basismitgliedern Kontakt gehabt und zum Teil von beispielhafter Zusammenarbeit gehört.

So war ich zum Beispiel in Nordwestmecklenburg, wo Genossinnen und Genossen aus der ostdeutschen Kommune Schönberg und dem westdeutschen Lübeck seit Jahren eine wunderbare Beziehung pflegen. Hier wird die Bereitschaft, einander zu akzeptieren, zuzuhören, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, zum Wohle unserer Partei und der Gesamtarbeit produktiv gemacht.

Ich finde das beispielhaft. Und wenn es so etwas oder etwas Ähnliches in den Regionen gibt, in denen ihr zu Hause seid und Verantwortung tragt, dann teilt mir das doch bitte mit. Mit solchen Beispielen gehe ich nur allzu gern hausieren. Und wenn es so etwas bei euch nicht gibt - vielleicht ist das Beispiel Nordwestmecklenburg ja eine kleine Anregung. Es muss ja nicht immer die Kooperation Ost-West sein. So etwas funktioniert sicherlich auch zwischen Stadt und Land, zwischen Nachbargemeinden oder gar zwischen verschiedenen Kleingartenanlagen.

Vor Ort wird die Partei „erlebbar“, das heißt, die Arbeit in der Kommune, eure Arbeit, die erfolgreiche, engagierte Kommunalpolitik ist eine ganz wichtige Voraussetzung für den Erfolg unserer Partei. Eine Partei kann nur so erfolgreich

sein, wie es ihre Kommunalpolitikerinnen und -politiker vor Ort sind. Dort, wo ihr für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar seid, um ihre Sorgen und Nöte wisst und euch darum kümmert - dort haben wir auch gute Wahlergebnisse. Die Partei hat viele Säulen - ihr seid das Fundament. Dafür danke ich euch heute ausdrücklich.

Und nun möchte ich zur Landesebene kommen, auch hier hatte ich auf unserer Sommertour ein ganz besonderes Erlebnis. Ich war im Berliner Frauenzentrum „Paula Panke e.V.“. Dort haben Frauen mit Hilfe des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) eine besondere Form der zeitgemäßen Kinderbetreuung entwickelt. Frauen, für die es schwer war, auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt wieder eine Stelle zu finden, sind vermittelt worden an junge Familien, die ungewöhnliche Arbeitszeiten haben und bei denen die Kinderbetreuung abgedeckt werden musste. Gerade in Berlin gibt es viele Familien, die zugezogen sind, bei denen Oma und Opa vielleicht nicht um die Ecke wohnen und aufpassen können. Oder Familien, die sich solch eine individuelle Betreuung nicht leisten können. Für diese Familien hat Paula Panke ein flexibles Betreuungsangebot entwickelt. Wir haben ja in der Partei oft über den Berliner ÖBS diskutiert, und es gab die eine oder andere - bestimmt auch berechnete - Kritik. Aber manchmal merkt man erst, was eine Sache wert war, wenn man sie nicht mehr hat. Das Ende von Rot-Rot in Berlin war auch das Aus für den ÖBS. Was das für die jungen Familien und für die Pflege-Omas und -Opas, die bei Paula Panke zusammengefunden haben, bedeutet, kann man - glaube ich - nur erahnen. Ich finde, wir sollten die Debatte über den ÖBS weiter führen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich auch noch einmal auf Brandenburg eingehen. Momentan demonstrieren vor dem Brandenburger Tor Flüchtlinge, die sich im Hungerstreik befinden. Eine ihrer zentralen Forderungen ist die Abschaffung der Residenzpflicht. Ich finde es sehr bewegend, dass diese Menschen bei diesen Temperaturen und unter den schweren Bedingungen in den Hungerstreik treten, um auf dieses Problem aufmerksam machen zu können. Ich bin sehr froh und stolz, dass wir in dem rot-roten Brandenburg die Abschaffung der Residenzpflicht nicht durch Hungerstreik erzwingen mussten, sondern, dass es Rot-Rot von sich aus geschafft hat, die Residenzpflicht abzuschaffen. Das ist ein großer Erfolg auch für linke Politik.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe abschließend noch zwei Bitten an euch. Zum einen die kommunale Datenbank, die auch auf der Website der Partei geführt wird. Die Idee dahinter ist, dass wir das kommunalpolitische Rad nicht immer wieder neu erfinden müssen. Ich weiß, eure Terminkalender sind voll, aber wenn ihr bei euch eine gute Idee entwickelt, eine Sache umgesetzt habt, bitte lasst uns daran teilhaben. Es reicht ein ganz schlichter Dreizeiler, wir bringen das dann in Form, und dann können wir uns informieren und schlau machen.

Um das an einem Beispiel zu zeigen, Angelika Gramkow in Schwerin, hat eine Sprechstunde für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung eingeführt. Das ist eine Idee, die nicht nur für andere Amtsträgerinnen und Amtsträger eine schöne Sache ist, sondern mir hat unsere Leipziger Oberbürgermeisterkandidatin erzählt, dass sie über diese Idee überall im Wahlkampf spricht und dann immer hinzufügt: Und im Übrigen hat das eine Genossin von mir in Schwerin bereits eingeführt.

Und zum zweiten bitte ich euch: Zücht doch einmal eure Terminkalender. Ihr wisst, dieses Treffen der Amtsträgerinnen und Amtsträger ist ja inzwischen Tradition. Wir treffen uns heute zum 17. Mal, und Tradition ist auch, dass wir uns immer am ersten Novemberwochenende treffen. Wir werden uns also am 2. November 2013 zum 18. Mal in dieser Runde treffen. Diesen Termin könnt ihr heute schon notieren.

2. November 2013 - das ist kurz nach der Bundestagswahl.

Liebe Genossinnen und Genossen,

sorgen wir gemeinsam in den nächsten Monaten dafür, dass wir an diesem Tag noch viel mehr Grund als heute haben, uns zu freuen und anzustoßen.